

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 76/122

Bezugspreis: von 12.-Bis 1.24 1.20 Schmal. — Schillingen nehmen sämtlich Postanweisungen, Postbriefe und andere Ausgabegeräte entgegen. — 5000 Exemplare enthält ein Dutzend von Schillingen.

Halle-Saale

Freitag, 23. Mai 1924

Anzeigenpreis:

Gefäßstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurierstr. 6390 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uehle, Halle-Saale

Neue Besprechung zwischen den bürgerlichen Parteien

Wiederaufnahme der Verhandlungen Einladung der Mittelparteien an die Deutschnationalen

Berlin, 22. Mai.

Die Mittelparteien einschließlich der Bayerischen Volkspartei haben heute vormittag in die Deutschnationalen die Einladung geschickt, an einer gemeinsamen Besprechung über die sachlichen Grundlagen für eine Arbeits- und Regierungsbildung teilzunehmen. Diese Besprechungen sollen — die Annahme der Einladung durch die Deutschnationalen vorausgesetzt — morgen vormittag stattfinden.

Das Thema der morgigen Verhandlung zwischen den Mittelparteien und den Deutschnationalen ist sehr allgemein gehalten und lautet: Besprechung über die Fragen der Regierungsbildung. Mit dieser allgemeinen Fassung ist nach Meinung der Deutschnationalen ausgeprochen, daß alle auf die Regierungsbildung bezüglichen Fragen zur Sprache kommen sollen und daß nicht etwa die Personenfrage ausgeschlossen ist. Die hier ausgeprochene Ansicht der Deutschnationalen bedeutet infolgedessen ein Einlenken, als die Zuspitzung der Partei in den letzten Verhandlungen dahin ging, daß zuerst die Personenfrage gelöst werden sollte, bevor sich die bürgerlichen Parteien gemeinsam auf die Kandidatur des Großadmirals von Tizip einlassen sollten, und daß Herr von Tizip dann erst sein ausgearbeitetes Programm entwickeln sollte. Der für die Deutschnationalen leitende Gedanke war dabei, daß in der Besprechung dieser Zuspitzung die Häuser in Regierungslinien auflösen und politisch schmerzhaften und Kompromisse ausgehandelt werden. Von Seiten der Mittelparteien wurde dagegen nicht so sehr die Person des Großadmirals von Tizip als die Zuspitzung der Deutschnationalen abgelehnt. Der Vorherrscher der Reichsliste der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz möchte darauf den Vermittlungsvorschlag, Herrn von Tizip, der Verhandlungen hinauszuweisen, damit er sofort sein Programm entwickeln könne. Diesen Vorschlag haben die Deutschnationalen abgelehnt. Dr. Schulz wurde darauf heute vormittag von seiner Fraktion beauftragt, die am nächsten der Gesamtfrage besonders schwierigen Verhandlungen mit Herrn von Tizip zu beginnen. Das Ergebnis seiner Verhandlungen war die oben bezeichnete Vereinbarung zu neuen Verhandlungen zwischen den Fraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei für Freitag vormittag 10 Uhr. Nach Lage der Dinge darf damit gerechnet werden, daß in den morgigen Verhandlungen entsprechend der Lösung des Nizipus — der Gesamtplan, das heißt also die Person und die sachlichen Probleme der Regierungsbildung, nicht werden. In Kreisen der Mittelparteien beweist man dabei nach wie vor auf das schon in seinen Verhandlungen bekannte außenpolitische Programm, auf das sich die Mittelparteien geeinigt hatten.

Ueber die Aussichten einer Kandidatur des Großadmirals von Tizip, die demnach als noch nicht fallen gelassen werden ist, läßt sich Bestimmtes nicht sagen. Sicher ist, daß ein bestimmter Kreis der Mittelparteien eine solche Kandidatur abgelehnt hat. Dagegen lautet die Pariser Nachricht, die Kandidatur Tizips sei auf einen Brief des englischen Vizekonsuls in Berlin fallen gelassen worden, auf freier Verbindung. Der „Köln-Anzeiger“ glaubt heute morgen sogar mitteilen zu können, daß wegen einer Kandidatur Tizips in London bereits vor den Parteibeamteten Londoner worden sei. Um übrigens hat Herr von Tizip vor einigen Tagen auch mit General Ludendorff eine Unterredung gehabt. Er soll dabei auch von Seiten der bürgerlichen Fraktionen in Halle seine Bestätigung zum Reichstagsmitglied bestimmt zu sagen erhalten haben.

Die Deutschnationalen nehmen an

Berlin, 22. Mai. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat die Einladung zu einer Besprechung auf Freitag vormittag angenommen. Die Einladung geht von der Deutschen Volkspartei aus.

Die Verhandlungsgrundlagen

Das Programm der morgigen Besprechung ist nicht bekannt, so daß der Komplex der schwebenden Fragen ohne bestimmten Gehalt behandelt werden kann. Die Mittelparteien beschließen offenbar, in die Verhandlungen ihr Programm mitzubringen, das den Deutschnationalen gar nicht nicht bekannt ist und also auch nicht, wie es von demokratischer Seite heißt, zur Grundlage dieser Besprechungen dienen soll. Ueber die Richtlinien der Mitte wird ein außerordentliches Stillhalten beobachtet, doch dürften sie entgegen einer in einem Berliner Sonderblatt wiedergegebenen Information von angeblich aus unterrichteter Stelle nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur in großen, allgemeinen Zügen die von der Mitte bestimmte Politik darzustellen und damit auf eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Unterlagen zurückgehen. Dieses Programm würde dann allerdings kein hartes

Schulds darstellen, das nicht nach der einen oder anderen Seite hin verändert oder ergänzt werden könnte.

Der angeschaltete Dr. Wirth

Berlin, 22. Mai.

Ueber die Vorgänge bei den Mittelparteien bringt das „Berliner Tageblatt“ eine Darstellung, nach der die endgültige Annahme des vollständig ausgearbeiteten gemeinsamen Programms der drei Parteien für die auswärtige Politik kaum gesichert sei, daß die Deutsche Volkspartei erklärte, nachdem die Deutschnationalen auf einer Besprechung über die Regierungsbildung eingeladen hätten, dürfe man nicht ein Programm annehmen, das den Weg nach rechts beschliesse. „Infolgedessen mußte die endgültige Entscheidung vertagt werden.“ Die weitere Folge war, daß der Abgeordnete Dr. Wirth, der bis dahin Unterstützer der Zentrumspartei war, die Regierung niederlegte. Er erklärte, bei der Regierungsbildung müßten die Mittelparteien die Führung haben oder aber sie müßten in die Opposition gehen. Vorbedingung für die Führung sei aber die vorherige Annahme eines gemeinsamen Programms, das den Deutschnationalen vorgelegt werden müßte. Nachdem Dr. Wirth für sich die Konsequenzen gezogen hätte, wurde an seiner Stelle der Abgeordnete Siegerwald als Zentrumsunterstützer ernannt.

Diese Darstellung dürfte den Tatsachen mindestens sehr nahekommen. Daß der intraktante Flügel im Zentrum, vertreten durch Herrn Dr. Wirth, sich nicht durchgesetzt hat, wurde schon berichtet; um so befremdlicher könnte allerdings die getriggerte Haltung des Zentrums gegenüber dem Tizip-Projekt erscheinen.

Austritt der Welfen aus der preussischen Zentrumsfraktion

Berlin, 22. Mai.

Die „Germania“ hört, haben die fünf Mitglieder der Deutsch-banoverischen Partei, die zur preussischen Zentrumspartei im Parlamentenverhältnis standen, diese Beziehungen gelöst. Sie begründen ihren Schritt mit der Haltung der deutschen Zentrumspartei in der hannoverschen Wahlrechtsfrage.

Um die Regierungsbildung in Bayern

München, 22. Mai.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ beschäftigen sich neuerdings mit dem großen Schwierigkeiten für die Regierungsbildung in Bayern und bemerken dabei, daß die Notwendigkeit eines Staatspräsidenten sich vielleicht schon bei der Regierungsbildung zeigen werde. Rame eine Regierung nicht stünde, dann müßte zur Vermeidung eines Geschäftsministeriums. Dieser Ausweg führe aber aus den besonderen bayerischen Schwierigkeiten auch nicht heraus, weil ein Geschäftsministerium weder die bayerische Politik vor noch dem 8. November bereinigen noch die Staatsautorität wiederherstellen könne. Andererseits kann das Ziel die Hoffnung nicht setzen, daß eine Auflösung des neuen Landtages ein erhebliches anderes und für die Regierungsbildung günstigeres Ziel ergeben würde.

Antlicher Einspruch der preussischen Regierung in München

München, 22. Mai.

Der preussische Geschäftsträger Ministerialrat Bent hat heute mittag dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Nitzling ein Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten Braun überreicht, in dem die preussische Regierung gegen den Brief des bayerischen Innenministers Dr. Schwober an die Deutsch-banoverische Partei Einspruch erhebt.

Preussischer Landtag

Berlin, 22. Mai, 12 Uhr mittags.

Ueber den Haushaltsplan für 1924 erläßt die Finanzminister Bericht. Der neue Etat beläuft sich mit rund 2310 Millionen Mark. Die Besprechung des Haushalts wird auf Montag vertagt. Das Haus jetz die Besprechung der großen Anfrage und der Lorenzfrage über die Vorgänge in Halle fort.

Hg. Dietrich (H.): Die Benutzung der Wiedererweilungsfeier des Volkstedenmals zu einer bürgerlichen Demonstration hat weder dem Charakter des zu Feiernenden noch dem Empfinden vieler Volkstreffs entsprungen. Die einschneidenden Befähigungen der Regierung seien nicht jetzt gegen. Der Kom-

munitätige Gesang der Arbeiter hatte unklarbar den Zweck, jene Veranstaltung zu führen. Es ist dabei Blut geflossen und es hat auch Leide gegeben. Die bürgerliche Agitation hat eine besondere Rolle durch die Reden erhalten, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind. Aber sich für das bürgerliche Publikum begreifbar ist kein anderer Vorkurs, auch wenn er Augenblick heißt. (Sehr gut Zentrum und links). Auch die Rede Ludendorff trägt den gleichen höchst bedenklichen Charakter. Nur ernstes politisches Bollen und ausgeprägtes Verantwortungsbewußt, nicht bürgerlicher Selbstherrlichkeit erhalten werden. Die letzten bürgerlichen Verbände ab, aber auch den antichristlichen dieser Verbände. In Sachsen wird von den Stahlhelfern der Krieg gegen die Schwarzen, gegen das Zentrum, offen gegeben. In Bayern und überall da, wo wir die Reichsliste haben, ist man hoffnungslos. In den Organen der Reichsliste werden die Hinterprogränge als Hebel getrieben und die bürgerliche Regierung des Hochrats verurteilt. Wie kommt es, daß für diese Verbände so viel Geld für ihre Ausstattung, für ihren Unterhalt, für ihre politischen Veranstaltungen und Festtage vorhanden ist, während für unsere bürgerlichen Verbände im Ausland der Beistand geschehen werden muß? Auch wird offenbar ein wenig mit allerlei Maß gemessen, wenn andersso verhalten wird, was man in Halle glauben gehalten zu müssen. Statt der Geschäftsgemeinschaft, zu der uns die Not zusammengeführt hätte, sehen wir uns immer immer höher und höher im Jurid zum schriftlichen Geist, sonst ist keine Rettung. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Hillan (Kom.): Die Aussprache hat gezeigt, daß der Aufsicht der Reichsliste sein Ziel, Herrn Seebing fast zu stellen, trefflich erreicht hat. Das Maßgebendste, das Herrn Seebing entgegen sollte, ist von Seebing selbst unzulänglich gemacht worden, indem er die Verantwortung für die unangenehme Formlosigkeit in Halle voll und ganz übernahm. Wieder bemerken die Sozialdemokraten und der „Vorwärts“ bei ihrer Enttäuschungsfeier die bemerkenswerten Ungleichheiten. Herr Seebing hat die Deutschen Volkspartei in ein beschränkter Kreise des Arbeiterpartei. Die Rede Seebings hat über die politischen Kräfte keine Klarheit verbreitet. Er hat nach meiner Auffassung die Reichsliste gar nicht verdient wollen. Er mußte unbedingt wissen, was auf dem Spiel steht und mußte sich unbedingt auch die letzte Verantwortung vorbehalten. Die mittelbayerische Arbeiterpartei war durchaus willens, die Parteiparade zu verhindern. Wir sehen im Aufmarsch von 100 000 Faschisten, der bewaffneten Garde des Kapitals und der Großindustrie, einen Angriff auf die Republik und die Arbeiter-Verständnisse. Es geht, den Reichslistenenden das Volkstedenmal, das Volkstedenmal entgegenhalten. Von dem Märchen von den gefällten Bäumen auf der Chaussee Marienburg-Galle rede ich gar nicht. Mit solchen Vorzeichen befehlt sich der Arbeiter nicht, wenn er die deutsche Republik verteidigt. Die verhassten Arbeiter sind von der Seite in der gemeintem Reichsliste gefahren und mühen sich machen. Sie haben im Reichstedenmal durch eine Seite mit Gummitruppen bespannter Polizeibeamten dreimal Speichen laufen müssen. Den Gipfel der politisch-bürgerlichen Gemeinheit haben die Parteipresse am Tage des Volkstedenmal der drei kommunistischen Zoten durch die Benennung „Munich“ und die Arbeiterpartei nicht zuben, bis sie alle ihre Feinde einschließlich Seebing zurückgeschlagen hat.

Hg. Dreifler (Soz.) begründet die Feier in Halle als eine Veranstaltung der Feinde der Republik. So wie die Reichsliste es teuren, will sie man im Lande. Die Weimarer Verfassung wird auch, wenn der Reichstedenmal und der Landstedenmal nicht wären. Denn braucht der Artikel 48 überhaupt nicht angewandt zu werden. Die Kommunisten hätten ja nichts anderes getan als die Reichsliste. (Anschließendes Lachen bei den Kommunisten.) Ernsthaft zu betonen ist nur, was sich von solcher Feindschaft, wie sie die Kommunisten gegen, verführen lassen. Die Feier benutzbar hätten, hätten sich nicht benommen als die Kommunisten. Eine rote Zentrale sei Halle aufgetaucht sein, wurde eine bürgerliche Reichsliste, die die Arbeiter mehrheitlich ablehnt. Seine Partei werde im Kampf Reichsliste bleiben. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Hg. Seebing (Hörs.) erklärt, in den nationalen Verbänden werden die Jugend in christlich und nationalem Sinne erzogen. Die Kommunisten hätten in Halle zuerst auf einen Oberwachmeister geschossen. Dieser sei dann mit Seebing und Reichsliste geschickt worden. (Beifall rechts.) Mit ganz anderen ist bürgerliche Gedanken. (Anschließendes Lachen.) Unterredungen bei den Kommunisten.) Gegenüber wiederholten Behauptungen der Kommunisten habe er zu erklären, er habe während und nach dem Kampftage und während der damit verbundenen Inruhe die Arbeiterklasse nicht betreten. Er sei während der mittelbayerischen Inruhe nicht im Sonderort gewesen.

Damit ist der Gegenstand erledigt. Der Antrag der Kommunisten auf Rücktritt des Reichstedenmal wird gegen die Antropfeller, abgelehnt.

Es folgt dann die Aussprache über die Entzüge auf Festung der Reichstedenmal der Reichstedenmal.

Im 12 Uhr wird die Verhandlung auf Montag 11 Uhr vertagt. Außerdem Staatsberatungen.

